

Kanzler

Dr. Martin Mehrrens

Tel. (0421) 218 - 60101
Fax (0421) 218 - 98-60101
eMail henri.ohlmann@vw.uni-bremen.de

Vorlage Nr. XXV/???
für die XXV/14. Sitzung
des AKADEMISCHEN SENATS XXV
am 28.01.2015

Themenfeld: **Haushalt**
Titel: **Vorschlag der Haushaltskommission des Akademischen Senats zur Haushaltskonsolidierung und zum Abbau des Haushaltsdefizits in der Universität**
Bezug: **Auftrag aus der XXV/11. Sitzung des Akademischen Senats AS-Befassung in der XXV/12. und XXV/13. Sitzung**
Bericht: **K**

Beschlussvorschlag:

1. Der Akademische Senat beschließt die in Tabelle 1 aufgelisteten Maßnahmen zur Einsparung von Ressourcen und Finanzmitteln zum Abbau des laufenden Haushaltsdefizits in der Universität Bremen bis zum Jahr 2020. Der AS bezieht dabei alle Bereiche der Universität (Institute, Fächer und zentral veranschlagte Mittel) in diese Maßnahmen zur Einsparung ein. Der Erhalt der Volluniversität und der nachgefragten Studiengänge genießt dabei besondere Priorität.
2. Der vorgenannte Beschluss über die vorgeschlagenen Maßnahmen sieht hinsichtlich der Umsetzung ein dreistufiges Verfahren vor. Im ersten Schritt werden die vorgeschlagenen Maßnahmen unter Beteiligung der betroffenen Bereiche hinsichtlich des Umfangs der Realisierbarkeit im Detail untersucht. Auf dieser Grundlage wird seitens des Rektorats über die Umsetzung der Maßnahmen entschieden und letztlich deren Umsetzung initiiert. Der Akademische Senat und die Interessenvertretungen werden hierbei jeweils gem. den Bestimmungen des Bremischen Hochschulgesetzes und des Bremischen Personalvertretungsgesetzes beteiligt.
3. Der Akademische Senat bittet das Rektorat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft darüber zu informieren, dass die derzeit erhobene Verwaltungsgebühr für Studierende die anfallenden und aufgrund der geltenden Rechtsgrundlage in Anrechnung zu bringenden Verwaltungskosten nicht deckt. Die Erhebung einer weitgehend kostendeckenden Verwaltungsgebühr für Studierende würde zu einer Erhöhung des Betrages von aktuell 50 € auf 90,- € je Semester und Studierenden führen. Der Rektor wird gebeten mit der Senatorin einen entsprechenden Finanzausgleich oder die kostendeckende Anpassung der Verwaltungsgebühren abzustimmen. Hiermit kann das derzeitige Haushaltsdefizit um weitere 1,5 Mio. verringert werden.

4. Eine weitere substanzielle Reduzierung des Defizits um ca. 2,0 Mio Euro kann durch die Schließung des Studienfachs Psychologie erreicht werden. Dies lehnt der AS sowohl aus wissenschaftlichen wie haushälterischen Gründen (Hochschulpakt) ab.
5. Der Akademische Senat bittet um eine Bewertung der zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf Gender Mainstreaming Ziele durch die Haushaltskommission zur nächsten Sitzung.
6. Die Haushaltskommission wird beauftragt, bis zum Beginn des Wintersemesters 2015/2016 ein Berichtswesen über die den einzelnen Kostenträgern zugewiesenen Landesmittel in Zusammenarbeit mit dem Kanzler zu entwickeln. Dieses Berichtswesen soll die Grundlage zur Entwicklung von Haushaltsgrundsätzen bilden.

Anlage:
Einsparvorschläge zur Reduzierung des Haushaltsdefizits in der Universität Bremen - Einsparpotenziale bis 2020

Lfd. Nr.	Einrichtung/Gegenstand	Maßnahme	Institute	Fächer	Zentrale	Übergreifende Maßnahmen
1	Zentrum für Humangenetik (ZHG)	Schließung	1.000.000			
2	Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP)	Konsolidierung	100.000			
3	Institut Technik und Bildung (ITB)	Konsolidierung	200.000			
4	Förderformate der Zentralen Forschungsförderung (ZF)	Konsolidierung		300.000		
5	Zentrum für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT)	Konsolidierung	200.000			
6	Institut Arbeit und Wirtschaft / Zentrum Arbeit und Politik (IAW/ZAP)	Konsolidierung	250.000			
7	Zentral veranschlagte Ressourcen reduzieren	Konsolidierung			400.000	
8	Doppelstrukturen in den Fachbereichen 5,8,9 abbauen	Konsolidierung		550.000		
9	Zentrum für Kognitionswissenschaften	Konsolidierung	70.000			
10	Kompensation von geringfügigen Stundenreduzierungen	Konsolidierung				50.000
11	Sonderzusagen des Kanzlers	Konsolidierung				100.000
12	Studienangebote überarbeiten	Konsolidierung		400.000		
13	„kw“-Vermerke	Umsetzung		300.000		
14	Überplanmäßige Zuweisungen	Konsolidierung		100.000		
15	Landesmessstelle für Radioaktivität (LMR)	Konsolidierung	100.000			
16	Hochschulsport (HOSPO)	Konsolidierung	90.000			
17	Kosten für ATZ-Freistellungsphasen	Wegfall				1.500.000
Summe			2.010.000	1.650.000	400.000	1.650.000
Gesamtsumme			5.710.000			

Tabelle 1: Einsparvorschläge in Euro. Dabei beinhalten die Maßnahmen „Schließung“ die Schließung und den entsprechenden Wegfall der Stellen, Sachmittel und Raumnutzungen der Einrichtung, „Konsolidierung“ die Beibehaltung der Institution/Maßnahme bei einer reduzierten Mittel- und Stellenzuweisung, „Umsetzung“ den konsequenten Wegfall von Stellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (kw) und „Wegfall“ das bereits eingeleitete Auslaufen von Finanzierungszusagen.